

V12 Pflege und gesundheitliche Versorgung sozial gerecht gestalten

Antragsteller*in: Rolf Martens (KV Vorpommern-Rügen)

Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Unser Gemeinwesen in Mecklenburg-Vorpommern steht vor erheblichen gesundheits-
2 und sozialpolitischen Herausforderungen. Diese werden maßgeblich auch durch den
3 demographischen Wandel hervorgerufen bzw. deutlich durch diesen verschärft. Die
4 Bevölkerungszahl wird bis 2045 landesweit betrachtet um etwa sechs Prozent
5 abnehmen, wobei sich diese Entwicklung regional und in den diversen
6 Altersgruppen sehr unterschiedlich darstellt. Während die kreisfreien Städte
7 Rostock und Schwerin sowie ihr Umland teilweise Bevölkerungszuwächse verzeichnen
8 werden, müssen sich die ländlichen Regionen auf eine noch stärkere Abwanderung
9 und eine weiter zunehmende Überalterung einstellen. Jeder fünfte Mensch in MV
10 ist älter als 65, im Jahr 2030 wird es fast jeder dritte sein.

11 Die Landesdelegiertenkonferenz stellt fest:

- 12 1. Die Anzahl pflegebedürftiger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern steigt
13 kontinuierlich an. Während 2015 noch ca. 79.000 Menschen pflegebedürftig
14 waren, sind es heute, 2024, schon etwa 129.000 und in 15 Jahren, im Jahr
15 2040, etwa 152.000.
- 16 2. Die Anzahl der verfügbaren Fachkräfte im Pflege- und Gesundheitswesen in
17 Mecklenburg-Vorpommern ist mit steigender Tendenz unzureichend. Von den
18 aktuell etwa 13.000 Beschäftigten in der ambulanten und den 17.000
19 Beschäftigten in der stationären Pflege gehen in den kommenden zehn Jahren
20 etwa 20 Prozent in den Ruhestand und müssen ersetzt werden. Bundesweit ist
21 bis 2044 mit einer Lücke von etwa 600.000 Pflegekräften zu rechnen. Bei
22 Fortsetzung der derzeitigen Organisationsstrukturen werden in Mecklenburg-
23 Vorpommern 2045 nur noch 42 Prozent des benötigten Personals in der
24 Altenpflege verfügbar sein.
- 25 3. Pflegenden Angehörige sind bereits heute viel zu oft mit zu schlechten
26 Rahmenbedingungen und enormer Beanspruchung konfrontiert, die bis zur
27 Überforderung reichen können.
- 28 4. Auch informelle Pflegenetzwerke abseits der Familien, in Nachbarschaften,
29 Freundschaften und über ehrenamtliche Vereine, engagieren sich bereits oft
30 über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus.
- 31 5. Die wirtschaftliche Situation der über 500 ambulanten Pflegedienste ist
32 weiterhin massiv angespannt.
- 33 6. Der Notstand in der Pflege spitzt sich durch die Abwanderung jüngerer
34 Menschen weiter zu.
- 35 7. Die Menschen in den ländlichen Regionen sind überproportional von
36 Praxisschließungen, langen Wegen zu Fachärzt*innen und einer
37 unzureichenden Notfallversorgung betroffen. Dadurch manifestieren sich

38 abseits der größeren Städte geringere Zugangschancen zu Pflegeangeboten,
39 Gesundheitsleistungen und sozialer Teilhabe.

40 8. Besonders betroffen davon sind ältere Menschen in den Städten und im
41 ländlichen Raum, die marginalisierten Gruppen angehören, unter anderem
42 ältere Menschen mit geringem Einkommen, Alleinstehende und Menschen mit
43 Behinderungen.

44 Auch in dieser schwierigen Lage gilt:

45 Für uns BÜNDNISGRÜNE ist die Würde aller Menschen in allen Altersgruppen in
46 allen Regionen und in allen gesundheitlichen Lagen unverhandelbar. Wir haben den
47 Anspruch, allen älteren Menschen eine gute Pflege, eine umfassende
48 gesundheitliche Versorgung, soziale Sicherheit und eine hohe Lebensqualität zu
49 ermöglichen, indem wir den dafür nötigen Rahmen schaffen.

50 Die Landesdelegiertenkonferenz fordert:

51 Die Pflegelandschaft stärken - Angebote flächendeckend sichern

52 1. Weiterentwicklung und Ausbau der aktuell 19 Pflegestützpunkte in MV zu
53 einem Pflege-Netzwerk mit mobilen Teams, die präventive Hausbesuche,
54 Beratung und Koordination von Pflegeleistungen auch in ländlichen Räumen
55 sicherstellen.

56 2. Beschleunigung und Verbesserung der Anerkennungsverfahren für ausländische
57 Berufsabschlüsse und mehr Möglichkeiten zur Nachqualifikation.

58 3. Förderung der Arbeit multiprofessioneller Teams aus Pflegefachpersonal,
59 Ärzt*innen und Gesundheitsfachberufen unter Einbeziehung von Angehörigen.

60 4. Förderung der Digitalisierung der Pflege mit Schwerpunkt auf
61 telemedizinische Unterstützung, digitale Dokumentation und
62 Assistenzsysteme für häusliche Pflege.

63 5. Die in MV vorhandenen Ausbildungskapazitäten effektiver als bisher zur
64 Gewinnung von Fachkräften für MV nutzen. Hierzu Steigerung der
65 Attraktivität der Ausbildungsformen und Erhöhung der Anreize, nach der
66 Ausbildung in MV zu bleiben u.a. durch bessere und geschlechtergerechte
67 Löhne.

68 6. Einrichtung eines Landesnetzwerks für Pflegeforschung und -innovation.

69 7. Förderung gemeinschaftlicher Pflegekonzepte in unterversorgten Regionen,
70 nachbarschaftlicher Unterstützungsstrukturen, von Pflege-WGs,
71 intergenerativem, integriertem und betreuten Wohnen sowie
72 Seniorentagesstätten mit Pflegeangebot.

73 8. Sicherstellung einer bedarfsgerechten Anzahl an Kurzzeitpflegeplätzen in
74 jedem Landkreis.

75 9. Förderung der kultursensiblen Pflege durch spezielle
76 Qualifizierungsangebote und Unterstützung mehrsprachiger
77 Beratungsangebote.

78 Gesundheitliche Versorgung für alle erreichbar machen - niemand wird abgehängt

- 79 1. Aufbau eines flächendeckenden Netzes von regionalen Gesundheitszentren mit
80 interdisziplinären Teams aus Ärzt*innen, Pflegekräften und Therapeut*innen
81 in jedem Mittelzentrum.
- 82 2. Etablierung von „Community Health Nurses“ in jedem Landkreis zur besseren
83 Versorgung in der Fläche.
- 84 3. Förderung von mobilen Praxen und der Mobilität des ärztlichen und
85 pflegerischen Personals in unterversorgten Gebieten.
- 86 4. Förderung der sektorenübergreifenden Versorgung durch Modellprojekte nach
87 § 64a SGB V mit besonderem Fokus auf chronisch Kranke und multimorbide
88 Patient*innen. Evaluierte und bewährte Modellprojekte werden in die
89 Regelversorgung übernommen.
- 90 5. Gewährleistung einer flächendeckenden psychotherapeutischen Versorgung mit
91 direktem Zugang zu psychotherapeutischen Hilfsangeboten, sowie ein
92 konsequentes Überwinden der Hürden in der Ausbildung von
93 Psychotherapeut*innen in MV.
- 94 6. Eine 1zu1-Betreuungsgarantie durch Hebammen unter der Geburt für alle
95 Frauen, eine umfassende Förderung freiberuflicher Hebammenhilfe sowie der
96 Erhalt aller noch vorhandenen Geburtskliniken in MV.
- 97 7. Umfassende Stärkung der Gesundheitskompetenz „in der Bevölkerung“, „durch
98 effektive, zielgruppengerechte Informationskonzepte“ und durch höhere
99 Kommunikationskompetenz der im Gesundheitswesen Tätigen.
- 100 8. Förderung der kommunalen Gesundheitsplanung (ÖGD) durch die Verpflichtung,
101 regionale Gesundheitskonferenzen unter Beteiligung aller relevanten
102 Akteur*innen durchzuführen.

103 Sozial gerecht handeln - den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern

- 104 1. Einrichtung von Sozialberatungszentren, in denen sich alle Menschen
105 barrierefrei darüber informieren können, welche staatlichen Leistungen sie
106 in Anspruch nehmen können.
- 107 2. Digitale Teilhabe für alle durch Schulungen und Leihgeräte für ältere und
108 einkommensschwache Menschen zur Nutzung telemedizinischer Angebote -
109 flächendeckende Einrichtung von sog. Gesundheitskiosken.
- 110 3. Förderung der Ausbildung von Gesundheitslots*innen in sozialen
111 Brennpunkten und ländlichen Gemeinden zur Unterstützung bei der Navigation
112 durch das Gesundheitssystem.
- 113 4. Einführung eines Landesprogramms zur Barrierefreiheit in allen
114 Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen mit konkreten Zeitvorgaben und
115 finanzieller Unterstützung.
- 116 5. Förderung von Selbsthilfegruppen, Patientenorganisationen und
117 Beratungsstrukturen mit besonderem Fokus auf ländliche Regionen.
- 118 6. Entwicklung eines Konzepts „Gesunde Quartiere“ zur Förderung
119 gesundheitsförderlicher Lebenswelten in benachteiligten Stadtteilen und
120 kleinen Gemeinden.
- 121 7. Einrichtung eines Landesfonds zur Unterstützung pflegender Angehöriger mit
122 Entlastungsangeboten, Beratung und finanzieller Hilfe.

Begründung

Um die Pflege und die Gesundheitsversorgung für alle Bürger*innen in Mecklenburg-Vorpommern sozial gerecht und unter den Vorzeichen des demographischen Wandels auch zukunftssicher zu gestalten, ist entschlossenes und ebenenübergreifendes politisches Handeln erforderlich.

Der vorliegende Antrag verfolgt daher das Ziel, BÜNDNISGRÜNE Grundwerte, wie etwa aus dem Grundsatzprogramm, welches Gesundheit als Menschenrecht und soziale Gerechtigkeit als Grundpfeiler unserer Politik definiert, und die Beschlusslage unseres Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern (vgl. u.a. „Grünes Land – Programm für zukunftsfähige ländliche Räume in MV“ (04/2023), „Wir machen MV mobil und fit für die Herausforderungen der Zukunft“ (09/2023), „Ambulante Pflege in MV stärken“ (09/2023) und „Demokratie verteidigen - Rechtsextremismus und soziale Ungleichheit bekämpfen“ (04/2024) speziell in Hinblick auf eine sozial gerechte Gesundheits- und Pflegepolitik auf aktueller Basis zusammenzuführen und anzureichern.

Mit diesem umfassenden Maßnahmenpaket zeigen wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV vielfältige, ganz konkrete Lösungsvorschläge auf, um die Herausforderungen des demographischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern zu bewältigen und eine sozial gerechte Gesundheits- und Pflegeversorgung dauerhaft für alle Menschen in diesem Land zu gewährleisten.

Wir werden nicht hinnehmen, dass sich die Älteren, die bereits heute und längerfristig auf Pflege- und Gesundheitsleistungen angewiesen sind, viel zu oft mit quälenden Fragen zu Pflegeplätzen, Pflegepersonal und Pflegekosten befassen müssen. Oder damit, in hohem Alter noch umziehen zu müssen in eine besser versorgte Region. Die Versorgung im gewohnten Lebensumfeld ist für viele Menschen zum Erhalt ihrer Lebensqualität und ihrer sozialen Bezüge existentiell. Die mit der sich

weiter zuspitzenden Lage einhergehende Verunsicherung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen führt auch zu Unzufriedenheit und wachsenden Ängsten vor der Zukunft.

Auch die mittleren Altersgruppen, die noch Zeit haben, bis sie ggf. Pflegeleistungen benötigen, betrachten die demographische Entwicklung ebenfalls mit großer Sorge: Sie können die Verantwortung für ihre Eltern oft kaum tragen, weil sie nicht genug Zeit haben, die Löhne häufig zu gering und Pflegeplatzkosten zu hoch sind. Sie sehen sich nicht selten gezwungen, in Regionen abzuwandern, in denen die Arbeitsbedingungen besser sind, dann sind sie aber auch nicht mehr in der Nähe ihrer Eltern.

Und diejenigen, die in den Pflege- und Gesundheitsberufen arbeiten, tun dies bereits jetzt sehr häufig über ihre Belastungsgrenzen hinaus, dies bei oftmals nicht auskömmlicher und nicht geschlechtergerechter Vergütung. Die Suche nach einem anderen Betätigungsfeld sowie vielfältige Erkrankungsformen von körperlichen Beeinträchtigungen bis hin zu psychischen Erkrankungen sind die für diese Gruppe von Betroffenen erwartbare Konsequenzen. Niemandem ist zuzumuten, diese Entwicklung tatenlos hinzunehmen. Die aktuellen Belastungen sind massiv, eine weitere Verschlechterung der Situation ist unzumutbar.

Unterstützer*innen

Dr. Harald Terpe (KV Rostock); Prof. Dr. Robin Wilkening (KV Rostock); Dr. Elke Rohde-Baran (KV Vorpommern-Rügen); Dr. Friederike Fiss (KV Mecklenburgische Seenplatte); Kathrin Stricker (KV Vorpommern-Greifswald); Claudia Tamm (KV Nordwestmecklenburg); Steffen Kühhirt (KV Nordwestmecklenburg); Thomas Mehnert (KV Vorpommern-Rügen); Lisa Martens (KV Vorpommern-Rügen); Denis Wermuth (KV Vorpommern-Rügen); Jenny Stancke (KV Vorpommern-Rügen); Constanze Erler (KV Vorpommern-Rügen); Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald); Anja Eggert (KV Rostock); Marc Steinbach (KV Schwerin); Ann-Sophie Hinz (KV Vorpommern-Rügen); Lea Wolff (KV Vorpommern-Rügen); Nicholas Ehlers (KV Vorpommern-Rügen); Beatrice Wagner (KV Vorpommern-Rügen); Laura Popin (KV Vorpommern-Rügen); Carolin Roth (KV Rostock); Enrico Barsch (KV Landkreis Rostock); Barbara-Marie Mundt (KV Ludwigslust-Parchim); Clemens Wloczka (KV Rostock); Antje Brandt (KV Ludwigslust-Parchim); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Jasper Bernstorff (KV Mecklenburgische Seenplatte); Björn Suhr (KV Vorpommern-Rügen); Pamela Dorsch (KV Vorpommern-Rügen); Silvia Schlage (KV Rostock); Henryk Henning (KV Vorpommern-Greifswald); Falk Pollehne (KV Nordwestmecklenburg); Tommy Klein (KV Ludwigslust-Parchim); Judith Göbel (KV Ludwigslust-Parchim); Irene Menke (KV Nordwestmecklenburg); Antje Dobers (KV Rostock); Lena Eckert (KV Vorpommern-Greifswald)